

Wege aus der Corona-Krise

Die Stadt plant Investitionen in Höhe von mehr als 35 Millionen Euro in den nächsten Jahren. Ob das zu halten ist – und wie man sich zur LGS positioniert.

Simone Flörke

■ **Höxter.** Die Folgen der Corona-Pandemie werden die Stadtkasse enorm belasten und zum Überdenken der ein oder anderen Investition führen. Außer Frage stehe derzeit, dass Projekte wie der begonnene Neubau des Hallenbades oder die Ausrichtung der Landesgartenschau zur Disposition stehen. Doch seien für die Höxteraner Stadtkasse die Corona-Folgen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar. „Dennoch wird mit erheblichen wirtschaftlichen Einbußen zu rechnen sein, die sich auch auf den Haushalt der Stadt Höxter auswirken“, sagt Höxters Bürgermeister Alexander Fischer.

STADT

Die Verwaltung habe bisher nicht angedacht und nicht vorgeschlagen, die Landesgartenschau einzudampfen oder abzusagen. Die positiven Auswirkungen und Effekte für die Infrastruktur der Stadt würden „uneingeschränkt bejaht“. Die LGS sei „ein Strukturförderprogramm für Höxter und gleichzeitig Motor für eine nachhaltige Stadtentwicklung, das Stadtmarketing und den Tourismus“. Sie erlaube Zugriff auf wichtige Förderprogramme und werde sowohl die Gestaltung als auch die Attraktivität der Stadt „nachhaltig noch weiter verbessern“.

Doch: „Die Entscheidungshoheit über die Umsetzung nicht nur dieses, sondern aller Projekte liegt letztendlich beim Rat im Rahmen seiner Haushaltshoheit“, sagt Fischer. „Daher ist der von der Verwal-

tung vorgeschlagene Weg auch das angemessene Mittel, um gemeinsam nach Lösungen im Haushalt zu suchen.“ Während in anderen Städten den Ertragsausfällen durch Haushaltssperren begegnet werde, habe Kämmerer Lothar Stadermann in Abstimmung mit ihm in Höxter lediglich eine Bewirtschaftungsverfügung erlassen.

„Mit dieser hat er alle Abteilungen gebeten, eine Prüfung der Ausgaben und der Möglichkeiten für Einsparungen oder Verschiebungen auch unter Berücksichtigung der Folgekosten durchzuführen“, so Fischer. In der Ratssitzung am Mittwoch, 13. Mai, werden die Ratsmitglieder darüber informiert. Ziel sei es, dass sich Verwaltung und Politik „ergebnisoffen austauschen“, um gemeinsam Beschlüsse zu formulieren oder zu fassen. Der Rat habe als Budgetgeber die bestimmende Schlüsselrolle.

„Bisher sind seitens der Verwaltung keine Investitionsmaßnahmen zur Streichung vorgeschlagen. Das gilt für alle Maßnahmen, die im Haushaltsplan und in der Finanzplanung verankert sind“, sagt Fischer am Mittwoch. „Rat und Verwaltung haben ein enormes Sanierungs- und Investitionspaket verabschiedet. Der Umfang beträgt in der Summe mehr als 35 Millionen Euro in den nächsten Jahren.“ Und: „Dass in der aktuellen Lage zumindest einmal darüber nachgedacht werden muss, ob alle Maßnahmen in Gänze oder in der beschlossenen Zeitschiene umgesetzt werden müssen oder können, muss im Kontext einer verantwortlichen Finanzpolitik möglich sein.“

SPD

Die SPD-Ortsvereinsvorsitzenden in Höxter, Andrea Giesberts und Olaf Peterschröder, hatten von einem „gehörigen Rappel in der Kiste“ gesprochen, was die städtischen Finanzen angeht, wenn man den Prognosen von Stadtkämmerer Lothar Stadermann folgen möge. „Dass sich die Coronafolgen auch auf die Einnahmesituation der Stadt Höxter auswirken wird, verwundert in der aktuellen Lage genauso wenig wie die Aufforderung der Stadtverwaltung an die Politik, das ambitionierte Investitionsprogramm nun (endlich?) zu kürzen“, erklärten sie.

Doch sie fragen auch, „machen es sich Kämmerer und Bürgermeister dabei nicht etwas sehr einfach, den Rotstift ausschließlich dem Rat in die Hände zu legen? Hat die Verwaltung nicht auch in dieser Situation die verpflichtende Aufgabe, die Kommunalpolitikerinnen und -politiker sach- und fachgerecht zu beraten, Empfehlungen auszusprechen und die Folgen etwaiger Kürzungsentscheidungen aufzuzeigen? Aber sicher! Investitionskürzungen sind unangenehm, dennoch müssen sie bei Bedarf getroffen werden und zwar möglichst im Einvernehmen zwischen Rat und Verwaltung.“

Und die LGS? „Die üblichen Verdächtigen werden vermutlich schon ‚gemahnt‘ haben, alle Entscheidungen ‚kritisch/konstruktiv‘ zu hinterfragen. Die Chance, das ‚ungeliebte‘ Projekt einzudampfen oder ganz abzusagen, wird gewiss ‚beherzt‘ ergriffen“, mutmaßt die SPD. Das genau

sei „ein großer Fehler“: „Altenhalben schnüren die Parlamente auf Bundes-, Landes- und auch Kommunalebene Hilfs- und Kompensationsprogramme, um Wirtschaft, öffentliches Leben und private Existenzen nicht den Bach hinuntergehen zu lassen. Und auch in Höxter werden wir einen solchen Schritt gehen müssen, indem wir das Kultur- und Konjunkturprogramm Landesgartenschau Höxter 2023 jetzt erst recht erfolgreich umsetzen.“ Die SPD Höxter werde dieses Investitionsprogramm mit seinen nachhaltig positiven Folgen für die Stadt „auch in und nach der Corona-Krise nicht infrage stellen“.

FDP

Der FDP-Stadtverband sieht die Realisierung der geplanten Großprojekte in Höxter vor den sich abzeichnenden Einnahmeausfällen „gefährdet“ angesichts des Rückgangs bei Gewerbesteuern, nicht abzuschätzenden Schlüsselzuweisungen des Landes oder einer möglichen Erhöhung der Kreisumlage. Die Liberalen halten es deshalb für sinnvoll, „zunächst die Vorhaben festzulegen, die vernünftigerweise auf jeden Fall realisiert werden sollten, wie das in Bau befindliche Hallenbad oder der dringend erforderliche Anbau der Petri-Schule“. Die weiteren Projekte seien auf eine Prioritätenliste zu setzen – ohne parteipolitische Überlegungen. „Aus diesen Überlegungen heraus befürworten die Liberalen deshalb ausdrücklich die vom Kämmerer Stadermann erlassene Bewirtschaftungsverfügung.“